

02.03.13 | Europäische Union

Mehrheit der Deutschen für Einwanderungsschranken

Zwei Drittel der Deutschen fordern höhere Hürden für Einwanderer aus EU-Staaten. Vor allem die Zuwanderung aus Südosteuropa soll begrenzt werden. Ein Experte warnt allerdings vor Hysterie.

Vor dem Hintergrund der Debatte über die Zuwanderung sogenannter Armutsflüchtlinge aus Rumänien und Bulgarien sind einer Umfrage zufolge mehr als zwei Drittel der Deutschen dafür, Einwanderungsschranken für EU-Bürger einzuführen.

In der am Samstag veröffentlichten Emnid-Erhebung für das Magazin "Focus" sprachen sich 28 Prozent der Befragten dafür aus, die Einwanderung aus bestimmten EU-Staaten zu begrenzen. 41 Prozent plädierten dafür, für Zuwanderer aus allen EU-Staaten Beschränkungen einzuführen.

27 Prozent wollen hingegen, dass alle EU-Bürger nach Deutschland einwandern dürfen. TNS-Emnid befragte für den "Focus" Ende Februar 1004 Personen.

Warnung vor "Panikmache"

Die Diskussion über den Zustrom sogenannter Armutsflüchtlinge aus Südosteuropa (Link: <http://www.welt.de/113853696>) nach Deutschland verschärfte sich derweil. Der Präsident des Ifo-Wirtschaftsinstituts, Hans Werner Sinn, forderte, der Zuwanderung "einen Riegel vorzuschieben". Dagegen warnte der Migrationsforscher Prof. Klaus J. Bade vor "Panikmache".

Sinn sagte in der "Wirtschaftswoche", die Freizügigkeitsrichtlinie der EU müsse dringend novelliert werden. Unter bestimmten Bedingungen lägen die Sozialleistungen in Deutschland "bei etwa dem Zwei- bis Dreifachen des Durchschnittslohns in Rumänien oder Bulgarien". Die dadurch motivierte Migration werde "unweigerlich zur Erosion des deutschen Sozialstaates führen".

Der Migrationsforscher Bade warnte dagegen vor hysterischen Reaktionen auf den Zuzug von Roma aus Südosteuropa. Zugleich wies er den Eindruck zurück, Deutschland erlebe zurzeit eine massenhafte Armutszuwanderung. "Das ist Panikmache. Das ist wieder der Appell, eine negative Koalition der Abwehr statt eine positive Koalition der Gestaltung zu schaffen", sagte Bade.

Verband der Sinti und Roma klagt über Vorurteile

Kritik übte Bade an der Forderung von Innenminister Hans-Peter Friedrich (CDU), Städte und Kommunen sollten ihre Kontrollen verschärfen. "Sie schürt in der Bevölkerung fahrlässig eine Abwehrhaltung gegen unerwünschte Zuwanderung, die man aber nicht einfach verbieten kann." Zudem werde nicht berücksichtigt, dass rund 80 Prozent der zwischen 2007 und 2010 zugewanderten Bulgaren und Rumänen sozialversicherungspflichtig auf dem ersten Arbeitsmarkt beschäftigt seien, sagte der Experte.

Der Verband der Deutschen Sinti und Roma klagte über anhaltende Vorurteile in Deutschland. "Immer wenn über uns im Zusammenhang mit Armut, Kriminalität oder Prostitution geredet wird, sieht man uns als einheitliche Gruppe", sagte der Vorsitzende in Rheinland-Pfalz, Jacques Delfeld.

Die Zuwanderung ärmerer Menschen aus Osteuropa wirke sich auch auf deutsche Sinti und Roma aus: "Dass die meisten Sinti und Roma hier deutsche Staatsbürger und überhaupt nicht arm sind, spielt keine Rolle."

epd/dpa/omi